

Der Zentral-Arbeiter

Verlag: Berlin, D.M., Unter den Eichen 100A, 1076 und 1081. - Die Zeitung erscheint jeden Freitag. Telegramm-Adresse: Zentral-Verlag Berlin

Veranstaltung ist für alle - Veranlagt alles!

Abdruck und Verbreitung der Zeit. an Otto Schuler, Berlin D.M. Nummer Straße 27 (Postfach 1000), in Berlin. - Bezugspreis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 RM. Einzelheft 1 RM. für die dreifache halbe Seite.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Kapitalbildung und Arbeitsmarkt.

Vom Kapitalmarkt zur Wirtschaftskrise.

Der Deutsche Reichstag hat bei seinem Zusammentritt im November ein äußerst widerliches Gezänk gelegentlich der Beratungen über die Vorschläge der Arbeiterparteien, die eine Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge vorsahen. Nach widerlicher war das die Parlamentsdebatten begleitende Geschrei des Unternehmertums und der Unternehmerpresse über die soziale Belastung der Wirtschaft. Hat das Unternehmertum überhaupt ein Recht dazu? Ist es an der Entwicklung unserer Arbeitsmärkte so ganz unschuldig, wie man das immer darzustellen versucht?

Gewiß, die gegenwärtige Krise gibt manches Rätsel zu raten. Sie läßt sich durchaus nicht mit den Vorkriegskrisen vergleichen. Das Wirtschaftsbild hat sich geändert und damit natürlich auch die Natur und Verlauf der Krise. Eins aber läßt sich heute schon feststellen; die gegenwärtige Krise wird wesentlich durch die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftsführung unseres Unternehmertums bestimmt. Für Entstehung und Verlauf der Krise hat zweifellos die berüchtigte Kapitalneubildungspolitik eine unheilvolle Rolle gespielt!

Im tolen Tanz der Marktentwertung wurde der deutsche Kapitalbesitz vernichtet und der deutsche Kapitalmarkt in Unordnung gebracht. Aus vollwertigen und vollwertigen Tausendmarktscheinen wurden Willkür- und Willkürnoten und dann blieb nichts. Als wir mit der festen Mark Ende 1923 und Anfang 1924 den Aufbau unserer Wirtschaft begannen, fehlte die wertvollste Voraussetzung einer gesunden Wirtschaft, das flüssige Kapital.

Zunächst bedeutete diese Tatsache Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom ausländischen, insbesondere vom amerikanischen Kapitalmarkt, Behinderung der wichtigen Warenausfuhr ungesund, oft wucherische Zinsbildung usw. Die dringende Notwendigkeit, wieder Kapitalien anzusammeln und den deutschen Kapitalmarkt aufzubauen, dürfte von keiner Seite bestritten werden. Falsch und bedenklich war nur der Weg, den man in Deutschland einschlug.

Vor einigen Tagen führte der Leiter der Deutschen B.M., Direktor Wassermann, vor einem kleinen Kreis von Industriellen aus: „Unser heimischer Kapitalmarkt hat sich so überraschend gekräftigt, daß wir heute mit ruhigem Gewissen und voller Ueberzeugung sagen können, wir sind in der Lage, unsere Industrie auch weiter auf der Höhe zu halten aus der Kraft des eigenen Geldmarktes.“ Das ist sicher eins der stolzesten Worte, das je nach dem Kriege in Deutschland gesprochen worden ist. Aber die Münze hat auch eine Rehrseite. Und deshalb fragen wir, wie hat sich die Kapitalbildung in Deutschland vollzogen? Wie sind die Milliarden, die heute auf dem deutschen Kapitalmarkt verfügbar sind, zusammengekommen? Die Antwort steht mit einem der trübsten Kapitel deutscher Wirtschaftsgeschichte im Zusammenhang. Man hat die Preise überleht, die Unternehmerrgewinne gesteigert und hat allerdings neues Kapital in immerhin beträchtlichem Umfang geschaffen. Im Grunde genommen aber geht diese Art der Kapitalbildung auf eine Enteignung der schaffenden Massen, auf eine Uebertragung des Arbeitseinkommens der Lohn- und Gehaltsempfänger auf den deutschen Kapitalisten bzw. unsere kapitalistischen Institute zurück. Die Kapitalbildung bei uns beruht nicht auf einem steigenden Wohlstand der Bevölkerung, was volkswirtschaftlich richtig und auch nur allein möglich ist, sondern auf sinkenden Realloöhnen, auf einer grenzenlosen Verelendung der Massen. Die Enteignung bedeutete aber Schwächung der Kaufkraft. Diese führte zur Absatzstockung auf den Warenmärkten und ist eine der hartnäckigsten und heftigsten Ursachen der gegenwärtigen Krankheitserscheinung in unserer Wirtschaft, der Absatzkrise, deren Ueberwindung man heute noch nicht voraussehen kann.

Wir haben den Aufbau des deutschen Kapitalmarktes mit einer der fürchterlichsten Wirtschaftskrisen aller Zeiten bezahlt, und weil die Kaufkraft der Bevölkerung ins Hoffnungslose gesunken ist, bleibt der von Wassermann gerühmte Aufbau des deutschen Kapitalmarktes immer noch ein durchaus zweifelhaftes Ding. Opfer des ganzen Prozesses sind aber unsere Arbeitslosen und Kurzarbeiter. Die gegenwärtige Arbeitslage ist eine Folge der Kapitalbildung. Woher nimmt das deutsche Unternehmertum das moralische Recht und den moralischen Mut zu seinen Angriffen auf die Erwerbslosenfürsorge?

Wie man's macht!

Wir bezahlen vor dem Kriege für 50 Kilogramm Roggen 8.12 M. Heute ist der Preis auf über 11 M. gestiegen. Für das Pfund Brot gab man im Jahre 1913 nur 14 Pf., heute liegt der Preis weit über 20 Pf. Der Saft Kartoffeln kostete früher einmal 3 M., heute muß man über 5 M. für ihn ansetzen. Der Schellfisch war vor dem Kriege für ungefähr 20 Pf. zu haben. Der Preis ist heute auf das Doppelte gestiegen.

Die Liste der überkauerten Waren kann beliebig verlängert werden. Weshalb aber die Preise weit über das übliche Maß gestiegen sind, ist eben das Geheimnis unserer unternehmerischen Wirtschaftsführung, zu guter Letzt das große Mysterium der Kapitalneubildung. Wenn der Milchpreis erhöht werden soll, setzen sich die Interessenten in brüderlicher Kunde zusammen. Es wird dann ausgeklügelt, wieviel jeder vom Preis haben muß, um existieren zu können. Der

Erzeuger, die verschiedenen Zwischenhändler, der Kleinverläufer usw. — alle werden sie berücksichtigt in der Preisfestlegung. Um ihrer Existenz willen wird der Milchpreis heraufgehoben fast auf das Doppelte des Friedenspreises. Und eine hochwohlwollende Regierung gibt dazu ihren Segen.

Keiner aber fragt, ob die Bevölkerung die festgesetzten Preise auch bezahlen kann? Niemand macht sich darüber Gedanken, was der Proletat verdienen muß, um seinen Säuglingen die Milch zu übersehen Kapitalneubildungspreisen beschaffen zu können? Seine Existenz läßt kalt! Das ist die Enteignung an Arbeitsertrag über den übersehen Warenpreis, die Kapitalbildung nach modernem Muster aus den Preisen heraus. Die größte Geißel, die ein Volk je spürte!

Von den Vermissten der Armen wird es genommen.

Wie sich diese Geißel ausgewirkt hat? Vor uns liegt der Bericht über die Verhandlungen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Deutschen Reichstags. In der Hand einer amtlichen Denkschrift wurde von den sozialdemokratischen Vertretern im Ausschuss über die soziale Lage der Bevölkerung in der nteberschlesischen Stadt Liebau u. a. folgendes festgestellt: Der Durchschnittsverdienst eines erwachsenen Textilarbeiters beträgt wöchentlich 8,84 bis 11,02 M. Die Textilarbeiterin findet man mit einem Wochenlohn von 6,60 bis 8,31 M. ab. Das sind aber anscheinend noch Höchstlöhne. Kenner der dortigen Textilindustrie versichern, daß Wochenlöhne von vier Mark keine Seltenheit sind. Dabei die überkauerten Warenpreise! Hier muß wirklich wieder mit dem roten Pfennig gerechnet werden, was unsere Unternehmer sicherlich noch nicht wieder gelernt haben, wenn sie der Deffentlichkeit von Zeit zu Zeit etwas über die berühmte Pfennigkalkulation vorschwulzen. Textilarbeiterinnen bleiben des Nachts in den Betrieben, um das Fahrgehalt zu sparen. So etwas ist in einem Staat möglich, dessen Arbeitkraft sein bestes volkswirtschaftliches Gut ist. Der Kreisarzt in Liebau untersuchte 2400 Kinder und stellte fest: 11 Kinder können die Schule nicht besuchen, weil sie eben keine Kleider mehr haben, das ist die gedroffene Kaufkraft, demonstriert an einem furchtbaren, fast selbstmörderischen Beispiel. 350 Kinder haben kein warmes Unterzeug, 562 keinen Mantel. 33,3 Proz. der Wohnungen bestehen aus einem Raum, 55,4 Proz. dieser Wohnungen werden von sechs Personen bewohnt. Im Zeitalter des neuen Schmutz- und Schundgesetzes duldet man, daß sechs Personen in einem Raum hausen. Die körperliche Entwicklung der Kinder ist, soweit der Nachwuchs der Textilarbeiter in Frage kommt, infolge Unterernährung in Größe, Gewicht und Brustumfang zu 39 bis 48 Proz. in der normalen Entwicklung zurückgeblieben; bei den Bergarbeiterkindern sind es bis 72,7 Proz. So sieht die glänzende, von Herrn Direktor Wassermann aufgezeigte Kapitalneubildungsmedaille von der anderen Seite aus!

Und was tut die Regierung?

Sie hat vorläufig einen Nachtragsetat eingebracht, in dem u. a. 100 Millionen Mark zur Auffüllung des Fonds der produktiven Erwerbslosenfürsorge vorgesehen ist. Für die sogenannte notleidende Industrie hat sie eine freigiebigere Hand gehabt. Der erwähnte Nachtragsetat sieht u. a. vor: 20 Millionen für den Flugzeugbau, 18 Millionen für die oberschlesische Eisenindustrie, um den Banken die festgefrorenen Kredite flüssig zu machen, 14 Millionen für das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat, das nach Darfuralhalten der Regierung durch die beispiellose Englandkonjunktur mit reichlichem Uebergewinn besonders notleidend ist, 15 Millionen Wingerkredite usw. Wo die Regierung auch für Linderung der wirklichen Wirtschaftsgeldnot Geld ausgemorfen hat, ist eine durchaus einseitige Verteilung der Mittel festzustellen. So stehen im sogenannten Ostetat 32 Millionen Mark zur Verfügung. Diese fallen aber hauptsächlich an die Landwirtschaft. Es ist eine Maßnahme, die dem Agrarierium dient und nur sehr wenig mit Arbeitsbeschaffung in unseren von Arbeitslosigkeit heimgesuchten Industriegebieten zu tun hat. In Ostpreußen und der Grenzmark entfielen auf 1000 Einwohner im Oktober 5 bzw. 1,8 Hauptunterstützungsempfänger; auf Niederschlesien aber 16,4. Nach dem Plan des Reiches kommen aber von der Reichsbeihilfe auf den Kopf der Bevölkerung in Ostpreußen und der Grenzmark 4,70 bzw. 4,50 M.; auf Niederschlesien, das unter allen Gebieten in Deutschland mit einer der furchtbarsten und hartnäckigsten Wirtschaftskrisen zu kämpfen hat, entfallen auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, nur 0,75 M. Ein Kommentar ist überflüssig. Wir verweisen nur auf die wirtschaftliche und soziale Not in Niederschlesien, von der die oben erwähnte Denkschrift über die Bevölkerung in der Stadt Liebau eine Vorstellung gibt.

Die bedenkliche Verwendung des Neukapitals.

Ruhnießer der ganzen Kapitalneubildungspolitik sind unsere großen Banken. Diejenigen Schichten des deutschen Volkes, die sich in Verkennung der ganzen Sachlage so gern industrieller Mittelstand nennen, haben seinerzeit die Kapitalneubildungspolitik mit wahren Freudenheulen begrüßt. Für sie schien das Paradies gekommen zu sein. Heute denkt man über den ganzen Schwindel wirklicher und wesentlicher anders. Man hat allerdings beispiellose Warenpreise stellen können. Aber der Mehrgewinn stellte sich nicht ein, weil der Umsatz zurückging. Die Verkennung des alten Grundgesetzes: „Großer Umsatz und wenig Nutzen“ rächte sich bitter.

So waren kleine Fabrikanten und Händler bald gezwungen, von den Banken Geld zu leihen; es wurde ihnen — zum Beispiel gilt das von der Landwirtschaft — von den Banken direkt ausgehängt. Wucherten die Geldnehmer mit ihren Waren, so wucherten die Banken mit ihrem Geld. Industrie und Handel hatten, was den Wucher angeht, in den Banken ihre Meister gefunden. Die Zinssätze betragen heute noch immer das Doppelte und Dreifache der Vorkriegssätze. Flossen früher und fließen bei normalen Verhältnissen, ein Zeichen der Kapitalneubildung aus zunehmendem Wohlstand der gesamten Bevölkerung, die überflüssigen Gelder in Form von Spareinlagen bei den Banken zusammen, so enteigneten Leute die Banken die Geldnehmer auf dem Wege eines übersehen Zinssatzes. Der Unterschied ist nur der, daß früher die Banken für die Spareinlagen Zinsen zahlten und daß heute die Geldnehmer die Banken bezahlen müssen. Die ganze Kapitalneubildung hat sich in Deutschland bei wenigen großen Kapitalisten und den großen Bankinstituten vollzogen. Sie wurden gesund, die Wirtschaft krank!

Wenn nun die Banken ihr Neukapital der produktiven Wirtschaft zur Verfügung gestellt hätten, wäre die ganze Entwicklung halb so schlimm gewesen. Man hätte so die Wirtschaft in wichtigen Teilen anturkeln und den Arbeitsmarkt entlasten können. Das ist nicht geschehen. Die Bedingungen der Banken sind zugunsten der Bank so vorfichtig gefaßt, daß Darlehen, Kredite in vielen Fällen gar nicht möglich sind. Dadurch wurde die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht unwesentlich verschärft.

Aber für die Börse, für den Wertpapiermarkt, für den hatten unsere Banken Geld. Während der Zeit der schlimmsten Arbeitsmarktkrise hat sich an den deutschen Börsen eine beispiellose Steigerung der Wertpapierkurse vollzogen. Der Durchschnittskurs aller Bankaktien an der Berliner Börse machte im Januar 89,6 Proz. aus, im November aber 175,6 Proz. Die Industrie- und Schiffsaktien steigerten sich in derselben Zeit von 65,8 Proz. auf 155,9 Proz. Bei diesen Gewinnen kann man sich die Jubelstimmung an der Berliner Börse in der Burgstraße schon erklären. Man muß sich vorstellen, was das heißt, wenn der Durchschnittskurs aller an der Berliner Börse notierten Aktien von 68,3 Proz. im Januar 1926 auf 155,4 Proz. im November 1926 steigt. Während Millionen in Deutschland unter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit litten, verdoppelten Spekulanten auf dem Wertpapiermarkt ihr Vermögen.

Mit Geldern der Banken! Denn auch die Steigerung unserer Aktienkurse ist kein Zeichen zunehmenden Wohlstands der Bevölkerung, sondern sie wurde mit dem Geld der Banken gemacht. Für die Ankurbelung der Wirtschaft hatten die Banken keine Kredite. Wenn es hieß, Gelder für die Warenausfuhr aufzubringen, um den deutschen Arbeitsmarkt zu beleben, dann war kein Geld da. Dann feilschte man um lumpige Millionen; dann zerstückte man die besten Ausflüchten, um den Zinssatz um ¼ oder ½ Proz. zu steigern. Aber die Börsenspekulation konnte Geld bekommen. Jede Mark, die aus dem Neukapital der Banken nicht in die produktive Wirtschaft, sondern in die Börsenspekulation abgeflossen ist, bedeutet eine Stunde Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

Börsenkrach oder Atempause?

Wie spekulativ und wie ungesund die ganzen Kurssteigerungen an den deutschen Börsen sind, geht am besten aus folgender Ueberlegung hervor: Industriepapiere, die im letzten Jahr 8 oder 10 Proz. Dividende erbracht haben, verdoppelten sich im Kurs. Man muß, um sie zu kaufen, doppelt soviel Geld anlegen als früher. Da nicht anzunehmen ist, daß die Industrie nach einem Jahr schrecklicher Arbeitslosigkeit ihre Dividende wird verdoppeln können, bedeutet das die Halbierung der Dividende. Demnach sind unter Einfluß der von den Banken gegebenen Börsenkredite unsere Industriepapiere zum größten Teil überwertet und zu hoch bezahlt. Dem Kaufpreis entspricht nicht mehr die Dividende. Die Papiere sind unrentabel geworden.

So hat sich in den letzten Tagen ein Wermutstropfen in die Jubelstimmung der Börsenspekulation gemischt. Es ist natürlich, daß früher oder später die produktive Wirtschaft in ihren neuen Unternehmungen das Geld, das heute nur für kurzfristige Zwecke am Markt zu haben ist, langfristig für ihre neuen Unternehmungen braucht. Traudwie muß mit der Belebung der Wirtschaft eine Ueberführung der kurzfristigen, meistenteils Börsenlagen, in langfristigen Anlagen, in Industrieanlagen vollzogen werden. Das bedeutet in erster Linie mal ein Zurückgehen der Aktienkurse, da die beispiellose Steigerung der Kurse, die Börsenhausse, rein spekulativ auf den Bankkrediten aufbaut war. Der einmal kommende Umschwung hat seine Gefahren, kann die Belebung unserer Wirtschaft und die Besserung des Arbeitsmarktes ganz empfindlich stören.

Immerhin ist es ein sehr interessantes Experiment, das sich in den nächsten Wochen in der Berliner Burgstraße vollziehen dürfte. In der verflorenen Woche zeigten eine Reihe von wichtigen Papieren bereits bedenkliche Neigung, nach unten zu gehen. Kein Wunder: die Banken haben auch ihr Geschäft an den Börsen gemacht, zeigen weniger Neigung zur Herabgabe von Börsenkrediten — und — suchen Dumme, die die Rechnung an der Börse bezahlen Sie werden sie finden. Fragt sich: waren die Anzeichen in der verflorenen Woche nur eine Atempause in der Börsenhausse der letzten Monate oder handelt es sich bereits um den Anfang des Börsenkrachs?

Le
e
st
a
5
n,
ib
ju

ib
st
ri,
30
u-

Inhalt: Kapitalbildung und Arbeitsmarkt. — Das Ueberstundenwesen in der Textilindustrie. — Reichsarbeitsministerium — Gewerbeinspektion — Internationale Zusammenarbeit (Schluß). — Unternehmerverbände und Arbeitslosigkeit. — Im bulgarischen Mandat. — Frauenarbeit. — Zur Lage in der Textilindustrie Großbritanniens im September 1926. — Aus der Textilindustrie. — Friedrich Himpel. — Berichte aus Frankreich. — Das Wohnende. — eine große Ausstellung in Berlin. — Literatur. — Verleihen. — Bekanntmachungen. — Anzeigen.

Das Ueberstundenwesen in der Textilindustrie.

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften haben neulich mit Vertretern der Reichsregierung konferiert zwecks Durchführung einer Notverordnung zur Unterbindung des Ueberstundenwesens. Es hat sich seit dem Erlass der Arbeitszeitverordnung durch den Herrn Arbeitsminister Dr. Brauns die Meinung herausgebildet, daß die Ueberstundenarbeit zur Regel geworden ist und die gesetzliche wöchentliche Wochenarbeitszeit die Ausnahme bildet. Die Unternehmer hatten es nach der Inflation sehr leicht, der Arbeiterklasse eine längere Arbeitszeit aufzuzwingen. Die nachfolgende Krise hat noch ihr übriges dazu beigetragen, um die Machtansprüche der Unternehmer im Wege der „freien“ Vereinbarungen vertraglich zu verankern. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Schlichtungsinstanzen jede erhebliche Hilfe leisteten, um Arbeitsverträge zustande zu bringen, die eine längere als 48stündige Wochenarbeitszeit vorsahen. Die Schlichtsprüche, die eine längere Arbeitszeit als 48 Stunden in der Woche vorsahen, sind in der Regel durch die ausschlaggebende Stimme des Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse gegen die Stimme der Arbeitervertreter zustande gekommen, ohne daß untersucht worden ist, ob die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse eine längere Arbeitszeit als 48 Stunden in der Woche erfordern. Die Ueberarbeit stand und steht in einem offensiblen Widerspruch zu dem Geist der Arbeitszeitverordnung, die den Samstagentag gesetzlich festlegt und eine Arbeitszeit darüber hinaus nur dann gestattet, wenn wirtschaftliche Gründe dafür vorliegen. Der rückständige Geist des deutschen Unternehmertums, das seinen Herrenstandpunkt nur dann gewahrt sieht, indem es den sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterklasse keinerlei Zugeständnisse macht, beherrschte die Schlichtungsinstanzen bis in die höchsten Spitzen hinauf. Leider ist es im republikanischen Deutschland noch so, daß überall, wohin man auch blickt mag, vor dem wirtschaftlich höherstehenden man in Ehrfurcht erlischt. Dem Deutschen steht die Untertanenatur noch allzusehr in den Gliedern und in den wirtschaftlichen Schlichtungsinstanzen wirkt dieser Untertanengeist noch stark hemmend. Den Industriellen, den Unternehmergeist mag er ein noch so großer Hohlkopf sein, ihm stehen bis hinauf in die höchsten Spitzen der Republik alle Türen offen. Vor ihm beugt sich der Herr Geheimrat; seine pseudowissenschaftlichen Ratsschlüsse werden gern entgegengenommen. Sie bilden oft die Unterlage zur Begründung wirtschaftlicher Maßnahmen, die die Arbeiterklasse oft schwer schädigen. So auch in der Frage der Arbeitszeit.

Daß die Verlängerung der Arbeitszeit uns wirtschaftlich keine Vorteile gebracht hat, hat uns die letzte Vergangenheit mit ihrer ungeheuren Wirtschaftskrise gelehrt. Die „wissenschaftlichen“ Begründungen der Unternehmer zur Verlängerung der Arbeitszeit haben sich als Trugschlüsse erwiesen. Das Gegenteil von dem, was die Unternehmer prophezeit haben, ist eingetreten. Der reaktionäre Geist, der das Unternehmertum beherrscht, führt daselbe fortgesetzt auf wirtschaftliche Irrwege. Man gehorcht erst dem Zwange. Die Arbeitszeitverlängerung hat uns nicht mehr Arbeit gebracht, sondern eine ungeheure Krise, die in Betriebsstilllegungen, Arbeitszeitverkürzungen in der schlimmsten Form ausartete. Neben der ungeheuren Arbeitslosigkeit ist dem Lohndruck Tür und Tor geöffnet worden, durch welchen die innere Kaufkraft zerrüttet worden ist. Mit dieser verkehrten Wirtschaftspolitik muß endlich Schluß gemacht werden. Die Regierung ist ebenfalls verpflichtet, sich gegen diese Politik der Unternehmer zu wenden. Die Wirtschaftsanarchie, die gegenwärtig besteht, ist eine Folge der vom Reichsarbeitsministerium gebilligten Wirtschaftspolitik der Unternehmer. Auf der einen Seite stehen Hunderttausende von Arbeitslosen, die nicht wissen, wo sie das Stückchen Brot, das sie und ihre Angehörigen bedürfen, hernehmen sollen, auf der anderen Seite werden Ueberstunden bis in die späte Nacht hinein geleistet.

In der Textilindustrie hat sich das Ueberstundenwesen ganz besonders ausgewirkt. Durch den Wirtschaftsdienst, den der Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes eingerichtet hat, ist er über die Zahl der geleisteten Ueberstunden im ganzen Lande informiert. Da zeigt sich, daß in allen Branchen in der Textilindustrie täglich eine und mehr Ueberstunden geleistet werden. Das Auffallende dabei ist, daß auch in den Betrieben Ueberstunden verlangt und geleistet werden, wo man noch mit verminderten Arbeitskräften arbeitet, also wo noch Arbeiter und Maschinen zur Verfügung stehen. Daneben aber werden auch die Arbeiterfußbestimmungen in den verschiedensten Betrieben einfach nicht beachtet. In einigen Bezirken ist es sogar vorgekommen, daß die Regierungspräsidenten die Genehmigung zu Ueberstunden den Unternehmern erteilt haben, durch welche die Frauen gezwungen wurden, ganze Nächte hindurch zu arbeiten. Aus der Baumwollspinnerei wird uns aus acht Bezirken mitgeteilt, daß Ueberarbeiten geleistet wird, obwohl noch freie Maschinen und arbeitsfähige Arbeiterkräfte vorhanden sind. Aus der Baumwollweberei wird uns aus zehn Bezirken mitgeteilt, daß noch freie Maschinen und Arbeiterkräfte vorhanden sind, daß trotzdem Ueberstunden geleistet werden. Das gleiche trifft zu in den Färbereien, in den Druckerien. Zu beachten ist ferner noch, daß in der Baumwollweberei sowie auch in der Färberei in der Vorrichtung nur ganz selten Ueberstunden geleistet werden sind. Gegenwärtig werden aber noch Ueberstunden geleistet in den Färbereien, Gardinen- und Spitzenwebereien, obwohl in diesen letzten drei Branchen in der Vorrichtung die Arbeitszeit täglich nur auf Stunden betragen hat. Aus der Seidenweberei wird uns berichtet, daß z. B. in Bielefeld ein Teil der Arbeiter Ueberstunden leistet, obwohl 42,1 Prozent der Maschinen außer Betrieb sind. In Kempten werden durchgängig Ueberstunden geleistet, obwohl noch über 40 freie Arbeiterkräfte und Arbeitsplätze vorhanden sind. Diese Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Es liegt so, daß fast alle Betriebe der Textilindustrie mit wenigen Ausnahmen Ueberstundenarbeit eingeführt haben. Die Unternehmer be-

haupten, daß die Ueberstundenarbeit deshalb notwendig sei, weil die Aufträge kurzfristig wären. Der angegebene Grund der Unternehmer scheint jedoch nicht stichhaltig zu sein. Die Vermutung liegt viel näher, daß die Unternehmer glauben, die Konjunktur voll auszunutzen zu müssen, um die Schäden der Krise wieder gutzumachen. Sie bedenken dabei aber nicht, daß diese starke Ueberarbeit sehr bald wieder zur Ueberfüllung der Warenlager führen muß und um so früher die Krise wieder einsehen wird.

Bedauerlich ist, daß die Arbeiterschaft das Ueberstundenwesen nicht mit größerem Nachdruck abwehrt. Es mag dies verständlich sein aus dem Grunde heraus, daß die Arbeiterschaft bisher schwer unter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gelitten hat, daß sie nun glaubt, durch die Ueberstundenarbeit die Schäden der Krise einigermaßen wieder auszubessern. Wie gesagt, in der Textilindustrie herrscht jetzt Anarchie. Es ist höchste Zeit, daß etwas Durchgreifendes geschieht, damit die Arbeitszeit wieder in vernünftige Bahnen gelenkt wird, und zwar aus dem einfachen Grunde, damit die Arbeitslosen endlich einmal wieder untergebracht werden. Das Heer der Arbeitslosen lastet in der schlimmsten Form auf der gesamten Wirtschaft, nicht nur dadurch, daß sie Unterstützung erhalten müssen, sondern sie fallen auch als Konsumenten aus.

Wir erwarten, daß die Reichsregierung endlich ernst macht und dieser Anarchie in der Arbeitszeit einen Riegel vorschiebt, indem sie den Wünschen der Gewerkschaften Rechnung trägt und die geforderte Notverordnung bezüglich der Arbeitszeit erläßt.



Heimkehr nach zwölfstündiger Arbeitszeit: Zu müde zum Essen.

Reichsarbeitsministerium — Gewerbeinspektion — und Ueberstunden!

In einem Runderlaß hat das Reichsarbeitsministerium die Herren Industriegewerkschaften „angelehrt“ und die Gewerbeaufsichtsamter „gebeten“, ihre Aufmerksamkeit den Doppelverdienern zuzuwenden und in der Frage der Ueberstundenleistung sich mehr Zurückhaltung aufzulegen, die Gewerbeaufsichtsamter sollen die Notwendigkeiten der Ueberstunden ernstlich prüfen.

Wie sieht es nun in Wirklichkeit aus? Bei der Firma Christoph Andrae in Mülheim werden nun seit Monaten Ueberstunden geleistet und sogar Sonntagsarbeit, die immer tollere Blüten zeitigen. Die Ueberstunden werden in der Weberei zur gleichen Zeit geleistet, wo noch Arbeiterkräfte der Weberei seit dem November 1925 auf ihre Einstellung warten. Nebenbei besteht die Möglichkeit, Weber aus benachbarten Betrieben dort unterzubringen. Die Firma entschuldigt sich damit, daß es sich um Spezialkräfte handelt, die nicht herbeigeschafft werden können. Die Organisation hat ihr in einer letzten Betriebsratsitzung vorgeschlagen, Doppelshifts einzuführen und sich bereit erklärt, die fehlenden Weber zu beschaffen. Das geht nicht, ist nicht möglich, war die Antwort. Es besteht aber ferner noch die Möglichkeit, daß innerhalb des Betriebes noch geeignete Spezialkräfte vorhanden sind, um einen Austausch der Arbeitsplätze vorzunehmen. Dadurch würden Arbeitsplätze für die Arbeitslosen frei.

Wie weit diese Ueberstundenschieberei geht, zeigt folgendes: Im Monat Juni wurden von 7 Webern 6 bis 54 Ueberstunden im Monat, im Juli von 16 Webern 4 bis 65, im August von 25 Webern 6 bis 74, und im September von 30 Webern 3 bis 132 Ueberstunden im Monat geleistet.

Bei diesem Ueberstundenreigen tut sich ein Mann, der während des Streiks 1925 als Streikbrecher in den Betrieb lief, besonders hervor. Er bringt es auf die stättliche Zahl von 132 Ueberstunden im Monat zur gleichen Zeit, wo aber Tausende froh wären, wenn sie diese Stunden im Monat nur als Arbeitsstunden haben könnten.

Ähnlich liegen die Dinge bei der Firma Gebr. Martin in Holweide. Dort wirft man Leute aufs Pflaster, beantragt aber hinterher bei der Gewerbeinspektion die Genehmigung von Ueberstunden, um mit weniger Leuten täglich zu arbeiten. Die Arbeiter müssen aber vorher eine Berichtsleistung auf die Ueberstundenzuschläge unterzeichnen.

Zu all diesen skandalösen Zuständen reicht die Gewerbeaufsicht — beide Betriebe unterstehen Köln-Land — ihre Hand, indem sie scheinbar ohne Bedenken die Genehmigung zu diesen Ueberstunden und Sonntagsarbeiten erteilt. Es scheint so, als haben diese Herren überhaupt noch nichts von der großen Arbeitslosigkeit in Köln gehört; scheinbar wissen sie nicht, daß in Köln Hunderte von Textilarbeitern arbeitslos sind, denn bei der Firma Martin handelt es sich nicht um Facharbeiter, sondern um ungelernete Leute, die heilfroh wären, wenn sie auch nur vorübergehend eingestellt würden.

Nun hat der Deutsche Textilarbeiterverband bereits am 2. Oktober 1926 gegen diese Ueberstunden bei der Gewerbeaufsicht Köln-Land protestiert und verlangt, daß die Genehmigung nicht weiter erteilt würde.

Bis zum heutigen Tage hat der Verband noch keine Antwort auf dieses Schreiben erhalten. Auf telephonische Anfrage beim Gewerbeaufsichtsamter Köln-Land wird uns heute mitgeteilt, daß das Schreiben eingelaufen sei und man es den Firmen zur „gefälligen Rückantwort“ mitgeteilt habe.

Söher geht es nimmer. Wir bringen Tatsachen über die Zahl der Leute und die Ueberstunden, die gemacht worden sind, bei. Dann fragt diese Behörde bei den „Angeklagten“ an, ob das richtig ist. Was die Behörde dann nicht selbst, was sie genehmigt und nicht genehmigt hat? Es scheint, daß hier einmal ein ganz fröhlicher Wind durch die verstaubten Aktenbündel wehen muß, daß dem Gewerbeaufsichtsamter einmal klar gemacht wird, daß es auch für die Arbeiter da ist. Was sagen übrigens die Regierung und das Reichsarbeitsministerium zu der so prompten Befolgung ihrer Richtlinien?

Internationale Zusammenarbeit.

Von Gebauer, Berlin.
(Schluß.)

Die vierte Zusammenkunft fand Mitte September statt. Der bekannte englische Schriftsteller und Spezialist für internationale Fragen, Mr. Norman Ungell, hatte sich zur Verfügung gestellt, um verschiedene Referate über das Thema „Internationale Verständigung“ zu halten. Außer ihm hielten noch Vorträge Mr. S. B. Butler, beigesondeter Direktor im Internationalen Arbeitsamt, über „Die Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes“, ferner Professor Philipp Baker über „Missverständnisse über den Völkerbund“, und schließlich sprach E. S. Phelan, ebenfalls vom Internationalen Arbeitsamt, über „Mechanismus der internationalen Beziehungen“.

Mr. Ungell warf zuerst die Frage auf, ob der Arbeiter irgendein Interesse am Völkerbund habe. Ist der Völkerbund nicht eine Vereinigung kapitalistischer Regierungen, auf die der Arbeiter keinen Einfluß hat? Wäre es nicht zweckmäßiger für ihn, eine antikapitalistische Organisation auf der Grundlage des Klassenkampfes zu gründen?

Mr. Ungell erklärte, daß er der Einfachheit halber einmal annehmen wollte, daß der Arbeiter seine Ziele einzig und allein in irgendeiner Form des Sozialismus und durch vollständige Umwandlung der gegenwärtigen kapitalistischen Ordnung erreichen könne. Muß aber dann trotzdem der Arbeiter zu dem Schluß kommen, daß der Völkerbund überflüssig sei? Mr. Ungell erklärte mit Nachdruck: auch wenn der Arbeiter Sozialist ist, sollte er den Völkerbund aus verschiedenen Gründen unterstützen.

Die Verwirrung der Begriffe über das, was notwendig ist, und das, was ausreichend ist, ist sehr verbreitet und wirkt im allgemeinen auf die Politik und auf eine wirksame soziale Aktion verhängnisvoll. Das Problem der Beilegung von Streitigkeiten verschwindet auch nicht bei sozialistischen Völkerguppen. Es würden vielleicht die vier Millionen Australier, von denen heute schon ein großer Teil sozialistisch ist, auf ihrem Recht bestehen, Bewohner des dichtbevölkerten Japans von der Einwanderung auszuschließen, falls diese das Recht dazu verlangen. Dieser internationale Konflikt müßte irgendwie gelöst werden. — Es kommt weiter die Rohstofffrage hinzu. Hier müßten ebenfalls internationale Vereinbarungen getroffen werden, um auch für diejenigen Länder, die innerhalb ihrer Grenzen keine Rohstoffe besitzen oder nur einen Teil, eine befriedigende Lösung zu treffen. Im Völkerbund können wir den Anfang zur Bildung einer Institution sehen, die sich mit der Regelung aller jener Fragen beschäftigt, die über die Grenzen der einzelnen Staaten hinausreichen. Wir lassen heute noch viel zu sehr den Faktor des Nationalismus, welcher bei der internationalen Zusammenarbeit so hemmend auftreten kann, außer Betracht. Die Maschinenriege zur Lösung der Konflikte, bei denen nationale Leidenschaften eine Rolle spielen, kann nicht leicht und schnell verbessert werden. Wenn sie am Morgen der „sozialen Revolution“ noch nicht ergerter — und ihre Schöpfung wird eines der vielen neuen Probleme bilden, mit denen das Proletariat dann fertig werden muß —, so werden häufig improvisierte Werkzeuge der Aufgabe nicht gewachsen sein, Streitigkeiten zwischen Völkerguppen zu entscheiden. Die Mitarbeit im Völkerbund ist ein gutes Training und eine Vorbereitung, um mit dem Nationalismus fertig zu werden. Zweifellos ist der Völkerbund noch unvollkommen — wie die meisten nationalen Verfassungen, unter denen wir leben. Die Parteien der Linken sollten überall ihren ganzen Einfluß ausüben, um durch ihre Regierungen die Verfallung des Völkerbundes zu verbessern.

Mr. S. B. Butler, Verwaltungsdirektor des Internationalen Arbeitsamtes, schilderte die Arbeit dieser Institution. Eingangs sagte er, daß das Amt nichts mit den Fragen der hohen Politik zu tun habe. Es ist eine Unterabteilung des Völkerbundes, entstanden durch Teil 13 des Versailler Friedensvertrages. Auch das Internationale Arbeitsamt betrachtet man von verschiedenen Seiten aus mit Mißtrauen; die letzten Jahre haben jedoch bewiesen, daß durch internationale Zusammenarbeit eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse der Arbeiter wohl erfolgen kann. Zudem wächst die Meinung, daß die Verhältnisse der Arbeiter in einem Lande abhängen von denjenigen in einem anderen Lande. — In der Diskussion wird darauf hingewiesen, daß, obwohl die Tätigkeit des Arbeitsamtes für die Sozialpolitik der ganzen Welt so ungeheuer wichtig ist, sehr viele Regierungen dieser Tätigkeit zu wenig Beachtung schenken. Im allgemeinen helfen die einzelnen Länder viel zu wenig mit, dem Lande mehr Geltung zu verschaffen. Wird es in der nächsten Zeit nicht möglich sein, die verschiedenen Regierungen zu veranlassen, die Tätigkeit des Arbeitsamtes mehr zu unterstützen, indem man die Vorschläge, die es bringt, mehr akzeptiert als bisher? Mr. Butler antwortete darauf, daß das ganze eine Frage der öffentlichen Meinung sei. („It is a question of public opinion.“) Wenn die Öffentlichkeit sich mehr für das Arbeitsamt interessiert, dann wird auch seine Arbeit erfolgreicher werden.

Die Referate des englischen Professors Baker sowie eines anderen Vertreters des Internationalen Arbeitsamtes, Mr. E. S. Phelan, bildeten Ergänzungen zu den Themen, die man vorher besprochen hatte. Man kann sagen, daß die Aufmerksamkeit der Delegierten während der ganzen Verhandlungen unermindert anhielt. Es wurden zumeist, getreu der englischen Sitte, nur Fragen gestellt, die natürlich meist recht ausführlich vorgetragen wurden; der jeweilige Referent ging dann regelmäßig darauf ein, so daß die behandelten Probleme nach allen Seiten hin beleuchtet wurden. Die Delegierten des Kongresses besuchten während ihres Aufenthaltes in Genf noch verschiedene andere Veranstaltungen, in denen Persönlichkeiten von internationalem Ruf das gleiche Thema, das die Konferenz beschäftigte, behandelten. Sie hatten somit Gelegenheit, möglichst viele Meinungen zu hören und konnten infolgedessen ein gutes Bild der gegenwärtigen politischen Situation der Welt mit nach Hause nehmen.

Unternehmerverbände und Arbeitslosigkeit.

Daß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und dem aus ihr entspringenden Elend alle geeigneten Mittel in Anwendung gebracht werden müssen, ist für jeden fühlenden, sozial und volkswirtschaftlich denkenden Menschen eine Selbstverständlichkeit. Neben dem Verlust der Erwerbsfähigkeit gibt es für den Arbeiter nichts verhängnisvolleres, als für seine Arbeitstrast trotz aller Bemühungen keine Arbeit zu erlangen, keine Verwendung zu finden. Die Arbeit ist die Grundlage seiner Existenz. Wird ihm diese Grundlage entzogen, so treibt beim Fehlen einer ausreichenden Fürsorge der Arbeitslose nur zu leicht dem wirtschaftlichen und moralischen Untergange entgegen. Was für den einzelnen Fall in Betracht kommt, gilt in noch viel höherem Maße, wenn die Arbeitslosigkeit zur Massenerscheinung wird, wie wir sie seit Beendigung des Krieges mit nur kurzen Unterbrechungen kennen lernen. Durch sie wird das Schicksal der Erwerbslosen zu einem sozialen und volkswirtschaftlichen Problem von größter Bedeutung.

Seit Jahren wenden die Gewerkschaften alle Kräfte auf, das Reich, die Länder und Gemeinden zu wirksamen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu veranlassen. Ihre Tätigkeit war nicht umsonst. Es ist manches zur Verringerung der Not der Erwerbslosen geschehen. Die Erwerbslosenfürsorge wurde verbessert, die produktive Erwerbslosenfürsorge ausgebaut. Dennoch sind alle diese Maßnahmen unzulänglich geblieben, weil die maßgebenden Stellen unter dem Einfluß des großindustriellen und großagrarischen Unternehmertums zu durchgreifendem und wirksamem Handeln nicht zu bewegen waren. Erst jetzt ist es dem verstärkten Druck der Gewerkschaften gelungen, hierin eine Aenderung herbeizuführen. Der Reichstag hat ein Arbeitsbeschaffungsprogramm beschlossen, dessen Durchführung die Beschäftigung einer größeren Anzahl besonders langfristiger Erwerbsloser in Aussicht stellt. Außerdem finden noch mit der Regierung Verhandlungen statt, die eine Erhöhung und Verlangem

zung der Erwerbslosenunterstützung zum Ziel haben. Ferner wird von den Gewerkschaften zur Behebung der Arbeitslosigkeit die sofortige Wiederherstellung des Achtstundentages im Wege eines Notgesetzes gefordert.

Mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm haben sich wesentliche Teile des Unternehmertums abgefunden, weil sie davon auch für sich einen Vorteil erhoffen. Weniger geneigt sind sie, den Erwerbslosen eine höhere Unterstützung und den ausgesteuerten Erwerbslosen deren Verlängerung zuzugestehen. Noch weniger wollen sie jedoch von einer Wiederherstellung des Achtstundentages wissen. In einer von den deutschen Unternehmerverbänden (soeben vorbereiteten) Erklärung wird dagegen Protest erhoben, werden Reichsregierung und politische Parteien ermahnt, das dem deutschen Volke aus der Erfüllung dieser Forderung drohende Unheil abzuwehren. Wie befragt die Herren Unternehmer doch um das Wohl des deutschen Volkes sind! Bisher hat man davon recht wenig bemerkt; haben sie doch stets ihr eigenes Interesse allen Rücksichten auf die wirtschaftliche Lage vorangestellt! Das hervorzuheben ist besonders notwendig gegenüber der Behauptung der Unternehmer, daß die Wiederherstellung des Achtstundentages einen Eingriff in die Produktionsgrundlagen der Wirtschaft bedeute, der nach der wirtschaftlichen Seite eine Verminderung der Produktionsleistung und letzten Endes eine Verteuerung mit allen ihren verhängnisvollen Folgen nach innen und außen nach sich ziehen sowie die Arbeitslosigkeit verstärken müßte.

Es ist ein ziemlich starkes Stück, was hier die Unternehmer dem deutschen Volke zu glauben zumuten. Wie liegen die Dinge in der Wirtschaft? Unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise und ihrer dadurch verstärkten wirtschaftlichen Macht haben die Unternehmer den Achtstundentag in weitgehendem Maße durchbrochen, den Arbeitern in vielen Fällen eine neun- und zehnstündige Arbeitszeit aufgezwungen, angeblich um die Produktion zu verbilligen. Unter dem gleichen Vorwande wurden die Löhne heruntergeleitet und so dies nicht direkt möglich war, geschah es durch die Rationalisierung der Betriebe, wobei zwar die Arbeitsleistung der Arbeiter gesteigert, ihr Lohn aber nicht erhöht wurde. Obgleich die Unternehmer so die Produktionskosten herabdrückten, fühlen sie sich nicht im mindesten veranlaßt, auch die Warenpreise zu senken. Sie haben es nicht getan, trotzdem die Reichsregierung den Unternehmern das größte Entgegenkommen zeigte, sie mit Darlehen und Subventionen unterstützte, die Steuern, besonders die Umsatzsteuer, zugleich auch die Frachtkosten erheblich herabsetzte, die Rohstoff- und Kohlenpreise herabgingen. Alle diese Vorteile dienten nur dazu, die Unternehmer zu bereichern, ihre Gewinne zu erhöhen! Den Beweis hierfür bietet der Stand des Lebenshaltung- und Großhandelsindex der von Januar 1925 bis Oktober 1926 nicht unbedeutend gestiegen ist.

Aber nicht nur, daß sich die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes in dieser Zeit fortgesetzt verschlechtert, nahm auch die Arbeitslosigkeit bis Februar d. J. ständig zu, wo die Zahl der unterstützten Erwerbslosen die ungeheure Höhe von 2 058 000 erreichte, die mindestens ebenso große Zahl der bei Kurzarbeit Beschäftigten nicht eingerechnet. Erst von da an ist unter dem Einfluß der sich langsam bessernden Wirtschaftslage die Zahl der Erwerbslosen auf den gegenwärtigen Stand von 1 339 000 herabgesunken. Es ist also nichts anderes als eine grobe Verdrehung der Tatsachen, wenn die Unternehmer behaupten, mit der von ihnen verfolgten Arbeitszeit- und Lohnpolitik die Wirtschaftskrise und damit die Arbeitslosigkeit überwinden zu können. Diese, ihre seit Jahren betriebene Politik hat vielmehr das schlimmste Flaster erlitten und nur der von den Gewerkschaften dieser Politik entgegengehaltene Widerstand konnte verhindern, daß es noch trasser in die Erscheinung trat, das Elend der deutschen Wirtschaft noch größer ist.

So kann und darf es nicht weitergehen! Die von den Unternehmern gegen eine gesetzliche Regelung des Achtstundentags vorgeschlagenen volkswirtschaftlichen Bedenken sind leere Heuchelei, hinter der sie nur ihre Gewinnsucht und sozialpolitische Rückständigkeit zu verbergen suchen. Sie wären in der Lage, bei nur einiger Einsicht und gutem Willen durch Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Preise, der Wirtschaft einen Anstoß zu geben, die Kaufkraft der Bevölkerung zu heben und die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Dazu fehlt ihnen beides! Das zeigt in deutlichster Weise das Verhalten der Textilindustriellen gegenüber

dem Preissturz auf dem Baumwollmarkt. Die Preise für Rohbaumwolle sind in den letzten drei Monaten um 33 1/2 Proz. gesunken. Das ist ein gewaltiger Rückgang! Der Großhandel hat ihnen Rechnung getragen, um das Geschäft zu beleben. Doch ist die Preis-senkung zu unerheblich, um in dem Preis für das fertige Bekleidungsstück in nennenswerter Weise zum Ausdruck zu kommen. Die Textilindustriellen denken jedoch nicht daran, das gleiche zu tun. Sie verschanzten sich hinter die hereinbekommenen Aufträge und behaupten, daß keine kalkulatorische Möglichkeit bestehe, die Preise zu senken. Ihre Syndikate und Kartelle gestatten ihnen, diesen Standpunkt einzunehmen, Arbeiter und Verbraucher weiter rücksichtslos auszubeuten. In diesem Verhalten sind sich die Unternehmer überall gleich! Und sie werden so lange darin verharren, als sie nicht durch das bessere Verständnis der Arbeiter und Verbraucher für die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sowie durch zielbewusste und rücksichtslose Anwendung ihrer Rechte zu einer Veränderung gezwungen werden. Wollen die Arbeiter in diesem Sinne handeln, so müssen sie die auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Hebung ihrer Lebenshaltung und endliche gesetzliche Regelung ihrer Arbeitszeit gerichteten gewerkschaftlichen Bestrebungen auf das nachdrücklichste unterstützen.

Im bulgarischen Manchester.

Von Dr. Erwin Pechall, Dresden.
(Nachdruck verboten.)

Am Nordfuß des „Hohen Balkan“, jenes Gebirges, das Bulgarien von West nach Ost durchzieht, liegt im Tale der Jantra G a b r o v o, ein Städtchen nur, das aber im Wirtschaftsleben Bulgariens eine große Rolle spielt. Ist es doch das bulgarische „Manchester“.

Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts war Gabrovo ein noch unbedeutendes Dorf, heute ist es eine Industriestadt. Gewiß, man



Feierabend nach achtstündiger Arbeitszeit.

darf nicht gleich an Manchester mit seinen 1000 rauchenden Schloten denken; aber für bulgarische Verhältnisse ist Gabrovo schon ein Manchester, denn in einem an sich so industriearmen Land, wie Bulgarien es nun einmal ist, bildet ein Platz wie Gabrovo eine auffällige Erscheinung.

Nicht mehr und nicht weniger als ein Schatzkucherdorf war Gabrovo. Aber schon früh, unter der türkischen Herrschaft, ver-

arbeiteten die Dörfler ihre Wolle zu Garnen, Stoffen und Kleidungsstücken. Heute freilich sind die Gabrovoer Textilwaren weit über Bulgariens Grenzen hinaus auf dem ganzen Balkan bekannt. Ganz handwerkermäßig wurde die Wolleerarbeitung in kleinen Werkstätten betrieben. Diese, solche Wolllöcher (Choids) und Wollmäntel (Abas) fabrizierte man in Gabrovo. Aber auch Pelzmenterier, Schals in leuchtenden Farben, Pelzmantillen, Jacken und lange Männermäntel, wie sie damals getragen wurden, und Wollmützen (Kaspals) wurden hergestellt.

In der ganzen, damals noch sehr großen Türkei, fanden Gabrovoer Erzeugnisse Absatz, in der Walachei und im Moldauengebiet wurden sie verkauft, nach Rußland und Ungarn gingen sie. Ja, sogar in Deutschland waren Textilien aus Gabrovo nicht unbekannt.

Daneben entwickelte sich immer mehr die Kotonerzeugung. Nach Mailand wurden nicht unbedeutliche Mengen geliefert.

Nach der Befreiung Bulgariens von der türkischen Herrschaft ging die Industrialisierung Gabrovos schnell vor sich. Westeuropäische Textilwaren fanden schnell Eingang in Bulgarien, und die Lage der bisher selbständigen Handwerker wurde kritisch. Die Maschinene drachte sie zu verschlingen. Was nun geschah, ist das gleiche, was bei den Heimarbeitern in England, Deutschland usw. sich ereignete: sie mußten sich mit der Maschine abfinden.

Große Fabriken taten sich in Gabrovo auf: die selbständigen Existenzen wurden zu Fabrikarbeitern. War diese Entwicklung der eine kritische Punkt in der Geschichte Gabrovos, so folgte bald der zweite: Die ausländische Konkurrenz machte sich stark bemerkbar, die Aufträge gingen zurück: die Arbeiter lagen auf der Straße. Man mag zu Schutzzollfragen stehen wie man will, das eine kann nicht bestritten werden: ein Zoll, dessen Aufgabe es ist, Waren der heimischen Industrie zu „schützen“, ohne sie für den Konkurrenten zu verteuern, kann Berechtigung haben.

Die bulgarische Regierung ging vielleicht zu weit, als sie das „Gesetz zur Förderung der heimischen Industrie“ schuf, aber für Gabrovo hat diese protektionistische Politik Vorteil gebracht.

Schnell nacheinander entstanden für balkanische Verhältnisse bedeutende Unternehmungen: Webereien, Trikotagenfabriken, Pelzmenterierwerkstätten usw. Alle wurden mit modernen Maschinen ausgerüstet.

Mit dem Uebergang zur fabrikatorischen Herstellung konnten nicht alle Einwohner Gabrovos in den Fabriken Arbeit und damit Brot finden. Sie mußten sich umstellen. Das gelang auch den meisten derer, die nicht in die Fabrik gehen konnten. Die Konfektion moderner Art hielt ihren Eingang in Gabrovo. Freilich: allzu gut geht es den Leuten dort auch heute nicht. (Die Arbeiterchaft hat bis auf Ausnahmen den Wert organisatorischer Zusammenschlüsse noch nicht erkannt, was zur Folge hat, daß die Arbeitgeber einer Fülle von Einzelabkommen gegenüberstehen, die die Preiskalkulation ungünstig beeinflussen. Wäre ein einheitliches Lohnabkommen zu erreichen — und das ist natürlich nur möglich bei organisatorischem Zusammenschluß der Arbeitnehmer —, dann wäre die Situation für alle Teile besser.)

Die Entwicklung Gabrovos ist natürlich abhängig von der Gesamtlage des Landes. Kann der Staat die Industrie, die ja immer noch im Aufbau begriffen ist, entsprechend fördern, insbesondere ihr Kredite zur Verfügung stellen, dann wird Arbeiterchaft und Unternehmertum davon Vorteil haben.

In Gabrovo von der bulgarischen Staatsbank bisher gut unterstützt worden ist, darf man wohl annehmen, daß es auch in Zukunft eine große Rolle innerhalb des bulgarischen Wirtschaftslebens spielen wird.

Zur Lage in der Textilindustrie Großbritanniens im September 1926.

Die großen Anstrengungen, die die englische Industrie machte, um die Folgen des Bergarbeiterstreiks für die einzelnen Industrien so wenig wie möglich fühlbar zu machen, zeigen nunmehr auch ihre erste wenn auch schwache Auswirkung in der Textilindustrie. Allein in der Woll- und Kammgarnindustrie sowie in der Baumwollindustrie stieg die Zahl der Kurzarbeiter vom April zum Mai, dem Beginn des Bergarbeiterstreiks, um das 1,8- bis 2,5fache, dagegen verminderte sich die Zahl der Vollbeschäftigten in diesen Gewerbezweigen um 12,5 bzw. 18,5 Proz. Vom Mai ab verschlechterte sich die Entwicklung weiterhin und erreichte in der Baumwollindustrie im Juli, in der Woll- und Kammgarnindustrie im Juni den Tiefstand. Nun trat eine langsame Erholung auf dem Arbeitsmarkt ein. In der gesamten Textilindustrie, deren Arbeiterzahl ausschließlich der Jugendlichen unter 16 Jahren aus etwa 1 338 780 (davon 815 910 weiblich) geschätzt wird, waren im September 1926 rund vier Fünftel der Arbeiter vollbeschäftigt, 72 715 Arbeiter waren arbeitslos, 202 803 Kurzarbeiter. Während die Arbeitslosigkeit bei den männlichen die der weiblichen um 1,8 Proz. überstieg, zeigte die Kurzarbeit das umgekehrte Bild; hier übertraug die Zahl der weiblichen Personen um 76 Proz.

		Arbeitslose	Kurzarbeiter	Vollbeschäftigte
in der Textilindustrie Großbritanniens				
Ende September 1926	männlich	8,3	14,1	80,2
	weiblich	5,2	15,8	78,9
	zus.	5,4	15,1	79,4

In den einzelnen Zweigen der Textilindustrie zeigte der Arbeitsmarkt das nachstehende Bild:

Gewerbezweige	Zahl*) der		
	Arbeitslosen	Kurzarbeiter	Vollbeschäftigt.
im September 1926			
Baumwolle	4,0	20,2	75,8
Wolle und Kammgarn	4,3	12,7	83,0
Seide	3,9	9,9	87,1
Leinen	17,3	8,5	74,2
Jute	9,8	10,2	80,0
Spinnerei und -weberei	10,2	5,7	84,1
Seilererei, Spinnerei	4,4	10,2	85,4
Unterzeuge und Strümpfe	5,3	11,7	83,0
Textilherstellung	4,2	12,6	83,2
Fertige Textilindustrien	7,5	5,3	87,2
Wäscherei, Druckerei, Färberei usw.	4,5	15,9	79,6

*) In v. S. der gegen Arbeitslosigkeit Verächtern.

In der Wollsortiererei und -kämmerei sowie in der Kammgarnzubereitung machte sich deutlich eine Besserung der Lage gegenüber dem Vormonat bemerkbar, die durch eine Zunahme der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit gekennzeichnet wurde. Etwa 48 Proz. der Beschäftigten arbeitete in der letzten Septemberwoche mit einer durchschnittlich je 14 1/2 Arbeitsstunden verfürzten Arbeitszeit. Auch die Beschäftigung der Kammgarnspinner verbesserte sich, in den Fabriken für Pflanzenfaserherstellung war sie sogar gut, in den Kammgarnspinnabteilungen dagegen mäßig. Hier betrug der durchschnittliche wöchentliche Verlust von etwa 12 Proz. der von Bericht erlassenen Arbeiter 10 1/2 Arbeitsstunden. In der Wollspinnerei und -weberei wies die Beschäftigung eine nur geringe Besserung auf. 3 Proz. der Arbeiter arbeiteten im Wochendurchschnitt mit einer Arbeitszeitverlängerung um etwa 10 1/2 Stunden. Die Arbeitsmarkt-

Wohl, du bist frei — frei wie du niemals warst! * FRAUENTEIL * wie leicht beschwingt dein Fuß ins neue Schritte!

Aus dem Leben der chinesischen Arbeiterin.

Der Säugling neben dem Webstuhl.

In einer Monatschrift unserer englischen Genossinnen „Die Arbeiterfrau“ (The Labour Woman) berichtet Hauptmann Malone, der kürzlich von einer chinesischen Studienreise heimgekehrt ist, über das Leben der chinesischen Fabrikarbeiterin. Wir geben nachstehend die wichtigsten Stellen des Artikels wieder:

„Das Lebensniveau der chinesischen Fabrikarbeiterin ist niedriger als in irgendeinem andern Land. Die Frauen arbeiten in großen Massen in den Seiden- und Baumwollwebereien als Transportkulis (es hieße besser: Lasttiere!) und als Ruderinnen auf dem Perfluß in Kanton.

Die Baumwollwebereien in den großen Industriezentren, die eigentlich erst in den allerletzten Jahren entstanden sind, sehen aus wie irgendeine Fabrik in England oder auf dem europäischen Kontinent. Nur daß die Spindeln niedriger sind, damit die kleinen Kinder, die sie bedienen, sie erreichen können. Gute und schlechte, chinesische und ausländische Fabriken stehen nebeneinander; man kann auch nicht gut sagen, daß die britischen und japanischen besser und moderner eingerichtet wären als die einheimischen Webereien. Hier entscheidet ausschließlich das Alter. Die jüngsten Fabriken sind natürlich am hygienischsten und fortschrittlichsten eingerichtet. Die Cheng-Huan-Weberei, die an dem großen Jangtsefluß liegt, ist eine typische chinesische Fabrik. Sie wurde im Jahre 1921 errichtet und beschäftigt rund 2300 Arbeiter. Tausend davon sind Frauen, die anderen Tausend kleine Kinder. Der Fabrikdirektor versichert mir wohl, daß alle Kinder über zwölf Jahre alt seien, aber ich habe manche mit eigenen Augen gesehen, die kaum acht Jahre zählen konnten.

Nach chinesischem Brauch wird in diesen Webereien in zwei Tagen und Nächtschichten zu zwölf Stunden an allen sieben Tagen der Woche gearbeitet. Die Maschinen ruhen jeden zehnten Tag für 24 Stunden, am 1., 11. und 21. jeden Monats, damit sie gründlich gereinigt werden können. Die Arbeiter haben also nur drei freie Tage im Monat. Es pausen gibt es nicht. Männer, Frauen und Kinder essen während der Arbeit den Reis aus ihren runden Schüsseln. Überall in den Fabriken begegnete ich Arbeiterinnen, die ihre kleinen Kinder mit in den Betrieb bringen. Einer ging ich bis an ihren Arbeitsplatz nach und sah, wie sie den Säugling auf den Boden neben die Maschine legte, einen riesigen Webstuhl, den sie zu bedienen hatte. Inmitten des ohrenbetäubenden Lärmes des Maschinenraumes, in der stickigen, von Baumwollstaub gesättigten Luft gab diese Mutter ihrem Kinde die Brust. Dann kam eine andere Frau und holte den Säugling ab. Unten, beim Fabrikator, stand eine Verkaufsbauern, daß Säuglinge nicht in den Betrieb gebracht werden dürfen. Und tatsächlich wurde das Verbot nur selten überschritten, denn — in der Fabrik waren zum größten Teil blühende Mädchen beschäftigt.

Die Löhne der chinesischen Arbeiterinnen sind furchtbar niedrig. Im Durchschnitt verdienen die Baumwollwebereierinnen bei einer täglichen Arbeitszeit, die zwischen 11 1/2 und 16 Stunden schwankt, im Monat 24 Schilling. Das ist ein Tagesverdienst von anderthalb Schilling!

In den Seidenwebereien und Seidenpinnereien sind vorzüglich

Frauen und Kinder beschäftigt. Auf der einen Seite der Webstühle sitzt die Arbeiterin, auf der andern steht ein kleines Kind und spült die Kokons — das sind die kleinen, länglichen Seidenknäuel, in denen sich die Seidenraupe verpuppt — in Labor mit kochendem Wasser aus. Dann reicht das Kind die Kokons der Arbeiterin, die sie nochmals ausspült. Je zwei Frauen werden von einem kleinen Kinde bedient.

Der ganze Arbeitsaal ist voll heißen schwer feuchten Dampf. Ein penetranter Geruch der toten Seidenraupen, die zu Tausenden auf dem Boden liegen, verpestet die Luft, in der diese Frauen und kleinen Kinder arbeiten. In einem solchen Maschinenaal sah ich alle Ecken und Enden voll mit Säuglingen und Kriechlingen, die auf der Erde herliegen und schlafen. Hinter dem Rücken ihrer Mütter, unter den Rädern der Maschine, in einer wahn-sinnig überhitzten Luft verbringen diese Vermissten die ersten Jahre ihrer Kindheit, ununterbrochen in einem unfeindlichen Dampfbad. In Seidenwebereien gibt es wenigstens keine Nachtarbeit. Nicht, daß sie der Frauen und Kinder wegen verboten wäre — die Seidenfäden sind zu fein, als daß sie bei künstlichem Licht bearbeitet werden könnten. Auch eine kurze Mittagsunterbrechung ist hier eingeschaltet. Als Altpausen? O nein! Diese Art der Maschinen muß mit beiden Händen bedient werden, da kann man nicht zwischendurch Reis kochen!

In den südlichen Provinzen sieht man die Frauen schwere Lasten schleppen, oft zu zweit, wie Pferde aneinandergekoppelt. So schlepen sie Tuch und Metallstücke, Ziegel und Steine, quieschende Schweine und zu Dutzenden klatterndes Federvieh, Säcke voll Reis oder Bohnen. Diese menschlichen Lasttiere singen bei ihrem hurtigen Getrippel eine eigenartig rhythmische Weise und laufen durch die geheimnisvoll anziehenden, lärmenden und vielfach gewundenen Straßen Kantons. Oder man begegnet in Hongkong den vielen Ruderinnen, die schwere Boote ziehen und rudern, den schlafenden Säugling auf den Rücken gebunden, dessen schlafendes Köpfchen auf den Schultern der Mutter ruht.

Die chinesische Arbeiterin besitzt noch keine Organisation, die sich ihrer annimmt. Ein schwacher Anfang ist in den ausländischen Webereien gemacht worden. Aber in den Seidenpinnereien ist es am ärgsten. Werden diese furchtbare ausgebeuteten Frauen Chinas aus ihrer Dummheit erwachen können, ohne daß ihnen ihre europäischen Arbeitsschwester zu Hilfe eilen?

Diese Schilderung zeigt unseren Kolleginnen, wie furchtbar die weiblichen und kindlichen Arbeitskräfte in jenen Ländern ausgebeutet werden, weil sie schutzlos sind, weil sie keinen gewerkschaftlichen Zusammenschluß kennen, keine Organisation, die der brutalen Gewalt dieser Unternehmer entgegentritt. Wohl wissen wir, daß auch in den hiesigen Textilbetrieben noch viele Mängel bestehen, noch manche Schutzmaßnahme fehlt, die nur durch festen Zusammenschluß, durch die Organisation ihrer Aktion finden werden. Wir können aber mit Recht sagen, daß unsere Arbeiterinnen mit Hilfe der Organisation unter weit besseren Arbeitsbedingungen in den Betrieben arbeiten. Wollen wir bessere Zustände in den Textilbetrieben erreichen, wollen wir die Forderungen unserer Organisation betr. Arbeiterinnenschutz zur Durchführung bringen, dann muß auch die letzte Textilarbeiterin, der letzte Textilarbeiter sich dem Deutschen Textilarbeiterverband anschließen!

lage in der Teppichfabrikation blieb weiterhin schlecht, in vielen Betrieben wurde die Arbeitszeit stark eingeschränkt.

Table with 5 columns: Industriezweig, Anzahl der Arbeiter, Gesamtlohn (M.), Wochenlohn (M.), Wochenlohn (M.). Rows include Samtgarn, Wolllagererei u. -Wämmerei, Spinnerei, Weberei, etc.

In der Woche vom 20. bis 26. September 1926.

Da die in der vorstehenden Uebersicht zusammengestellten Verdienste sich auf gelernte, angelernte und ungelernete männliche und weibliche Personen sowie auf Jugendliche erstrecken, gibt der in Spalte 4 und 5 eingeschlagene Betrag nur ein annäherndes Bild von der tatsächlichen Lohnhöhe; doch fehlt es nicht an genauer spezifizierten Angaben.

So betragen im Juli 1926 in der Wolllagerindustrie von Leicester die Mindestwochenlöhne der Spinner 53 Schilling 1,5 Pence (54,25 M.), die der Spinnerinnen 31 Schilling 10,5 Pence (32,55 M.); in der Färberei und Appretur die Wochenlöhne der Maschinenführer in Bolton 62 Schilling 7 Pence (63,91 M.), in Bradford 64 Schilling 10 Pence (66,21 M.), und in Yorkshire die Löhne der männlichen Facharbeiter 54 Schilling 10,34 Pence (56,02 M.), die der weiblichen 32 Schilling 8,64 Pence (33,40 M.).

Aus der Textilindustrie.

Die neue amerikanische Baumwollschöpfung.

Der neueste Bericht des Washingtoner Ackerbaubureaus vom 8. November stellt den endgültigen Ertrag der neuen Baumwollenernte auf 17 913 000 Ballen. Gegenüber dem letzten Bericht bedeutet die neue Schätzung eine erhebliche Steigerung um etwa 500 000 Ballen. Zu den 17 913 000 Ballen Baumwolle muß man aber noch mindestens 1 000 000 Ballen Winters (Abfälle) hinzurechnen.

Die diesjährige Baumwollernte ist die allergrößte, die Amerika jemals gesehen hat. Eine weitere Senkung der Baumwollpreise ist jedoch seit unserem letzten Bericht nicht eingetreten, im Gegenteil, der Preis hat sich wieder etwas gehoben. Diese Erscheinung ist wohl hauptsächlich auf die Vorlieferungspläne der Vereinigten Staaten zurückzuführen. Immerhin, der Baumwollpreis steht mit 12,35 Dollar, der an der New-Yorker Börse am 9. November notiert wurde, auf der Höhe des Friedenspreises. Die Garn- und Gewebepreise der deutschen Spinnereien und Webereien stehen zu diesem gelauterten Baumwollpreis im starken Widerspruch. Die Spinner und Weber entschuldigen dies damit, daß während der letzten Krise die Preise für Fertigfabrikate so stark gefallen seien, daß trotz der niedrigen Baumwollpreise eine weitere Senkung der Baumwollpreise unmöglich sei. Wir halten diesen Standpunkt der Spinner und Weber für verfehlt, zumal sie sich auch auf der anderen Seite hart dagegen sträuben, entsprechende Löhne zu zahlen. Es mag richtig sein, daß sich die Preise für Fertigfabrikate der Baumwollindustrie der Weltmarktpreisen angepaßt haben. Man darf dabei aber nicht vergessen, daß in den Ländern mit einer namhaften Baumwollindustrie die Löhne wesentlich höher liegen als in Deutschland. Die Unternehmer in der Baumwollindustrie werden jetzt sehr wohl in der Lage sein, wesentlich höhere Löhne zahlen zu können, um durch dieselben eine stärkere Anforberung des inneren Marktes erreichen zu können. Durch den geringen Absatz auf dem Inlandmarkt kommt doch deutlich die mindere Kaufkraft der breiten Masse zum Ausdruck. Die Lohnpolitik der Textilunternehmer, die fortgesetzt von der Schwerindustrie beeinflusst wird, ist falsch und muß über kurz oder lang einen weiteren Stillstand der Fertigwarenindustrie herbeiführen. Es ist zu wünschen, daß unsere Kollegen im Lande dort, wo den Unternehmern das Verständnis für die wirtschaftlichen Belange der breiten Volksmassen abgeht, mit etwas mehr Deutlichkeit nachhelfen.

Friedrich Himpel

Am 10. November verstarb nach einem kurzen Krankenlager Genosse Himpel im Alter von 62 Jahren. Friedrich Himpel war Mitbegründer des Deutschen Transportarbeiterverbandes. In früheren Jahren war er Bevollmächtigter der Hamburger Verwaltung und seit 1905 Leiter der Bohrbewegungsabteilung im Hauptvorstand. Wir werden dem Verstorbenen ein dauerndes und ehrendes Andenken bewahren.

Berichte aus Fachkreisen.

Breslau. Am Freitag, den 22. Oktober 1926, fand die Quartalsversammlung im Gewerkschaftshaus statt. Den Geschäfts- und Kassenbericht gab der Geschäftsführer Kollege Günter und stellte fest, daß im Quartal 2 Neuzugewinnen zu verzeichnen waren und daß die Höhe mit Einnahme und Ausgabe bilanzierte. In 80 Zusammenkünften war der Vorstand und die Geschäftsleitung der Textilarbeiterkassen tätig, und an schriftlicher Agitation wurden 15 260 Exemplare unter der Textilarbeiterkassen in Form von Flugblättern, Zeitungen usw. verteilt. Die Besucherzahl bei den Versammlungen und sonstigen Zusammenkünften war nicht befriedigend. Auf Antrag der Kassieren wurde dem Geschäftsführer einstimmig Entlastung erteilt.

Hierauf erstattete Verbandsekretärin Nische-Berlin einen Bericht über den Textilarbeiterkongress in Gera. Die Ausführungen wurden mit Interesse verfolgt und die Zustimmung über die Tätigkeit des Verbandes auf diesem Kongress machte sich auch in der anschließenden Diskussion bemerkbar, die sich im Sinne der Referentin bewegte. Der Wunsch der Referentin sowie aller Diskussionsredner war glänzendes. Daß die Textilarbeiterkassen der Filiale Breslau nun ebenfalls ihr Ganzes einsetzen muß, die Forderungen des Kongresses zu unterstützen und zunächst die noch fernstehenden Textilarbeiter dem Verbande zuzuführen.

Im Anschluß an die Versammlung trat die Frauengruppe nochmals zusammen, in welcher die Kollegin Nische noch einige belehrende Worte im Interesse der Frauenbewegung innerhalb des Textilarbeiterverbandes vortrug. Nach Schluß der Versammlung wurde nach die bekannte Sammelkassette herumgereicht, welche Regioleinen zur Bekämpfung der Altersmitgläubigkeit und Erwerbsbeschränkter ergatterten.

Geda. (Kann das möglich sein?) Die Textilindustrie ist zu beschaffen, die Arbeiterkassen durch die verschiedenen Kassen angeordnet, leidet das Textilgewerbe. Dem Unternehmer gegenüber ist aber noch nicht, nach größter Probe steht sein Sinn, und

deshalb fordert er: Ueberstunden. Ob Mann oder Weib, ob Rüter in Frage kommen, alle werdet er gleich als Objekt zur Erzielung größerer Gewinne. Es genügt diesen Unternehmern nicht mehr die 53 Stunden Wochenarbeitszeit, nein, 58 sollen es sein. Der Auftragsbestand und die Vielzahl interessierter nur noch, was fragen sie nach Familienglück, nach Kindererziehung, was schert den Fabrikanten die Hausarbeit, die Kindererziehung, folgeriert hart er nur auf die Profitrate.

Deshalb Arbeiter, Augen auf!

In letzter Zeit haben sich solche Mißstände in beträchtlicher Weise in Elberberg herausgebildet. Den Dingen auf den Grund gegangen, förderte als Alleinschuldigen das sächsische Arbeitsministerium zutage. Hat nun das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium ein Interesse an hohem Profit für die Unternehmer? Sollte es nicht verpflichtend sein, die kapitalistische Wirtschaft soweit zu kontrollieren, daß wenigstens der trassierten Ausbeutung Einhalt geboten würde? Nein, man tut das nicht, auch trotzdem nicht, obgleich die Verzele schon zu wiederholten Malen nachgewiesen haben, daß für die Frauen ein achtstündiger Arbeitstag schon zu lange ist, daß sie bei der langen Arbeitszeit direkt dem Siedetum und der Verkrüppelung anheimfallen müssen. Trotzdem gibt man den Tarifverträgen eine Auslegung, die direkt ein Eingreifen der Gewerkschaften verbietet und den Arbeitgeber berechtigt, 58 Stunden pro Woche arbeiten zu lassen, ohne daß auch nur der Betriebsrat angehört wird.

Das sächsische Arbeitsministerium stützt sich bei seiner vorstuflichen Auslegung auf den Manteltarif für die mittel- und westsächsische Textilindustrie auf § 1 Ziff. 2 Abs. 2, der lautet: „Darüber hinaus sind im Benehmen mit der Betriebsvertretung die Arbeitnehmer gehalten, weitere drei Stunden Mehrarbeit wöchentlich auszuführen, die mit einem Zuschlag von 15 Proz. auf den Grundlohn zu vergüten sind.“ Diese Kennvorschrift biegt das Arbeitsministerium direkt in eine Nachvorschrift um, setzt sich über die Arbeitszeitverordnung hinweg und macht so die 56-Stunden-Arbeitswoche zu einer regulären. Man stützt sich auf den Tarifvertrag und legt diesen, der doch nur in der Absicht zum Schutze der Arbeiterschaft abgefaßt wurde, gegen die Arbeitnehmer aus.

Obwohl die praktischen Ergebnisse dem Wohlfahrtsministerium Freude machen? In Elberberg bei der Firma Ernst u. Reinhardt, Weberei, hat man wiederholt, gestützt auf die Auslegungen des sächsischen Arbeitsministers, in vielen Abteilungen länger gearbeitet, ohne daß die Gewerkschaft Protest dagegen eingereicht hätte. Diese Zeit wurde nicht gemäß § 3 der Arbeitszeitverordnung auf die 30 Tage angerechnet, kein Betriebsrat angehört und keiner Gewerkschaft etwas gemeldet. Die Firma hat es ja gar nicht notwendig. Sie kann ihrer maßlosen Ausbeutung auch noch das gesetzliche Mäntelchen umhängen. Auf Grund des Gesetzes seid ihr verpflichtet, und — die Frauen gehorchen.

Völlig unfaßbar ist uns aber, daß das sächsische Arbeitsministerium auch den Tarifvertrag für den Verband Sächsischer Thüringischer Webereien derselben vorerwähnten Auslegung unterwirft. Diese Tatsache müssen wir als unerhört bezeichnen. Wenn zu dieser Begründung die Ziffer 2 der Mantelbestimmungen benutzt wird, die besagt: „Für Ueberstunden sind 20 Proz., für Nacharbeit und für Sonntagsarbeit 60 Proz. Zuschlag zu gewähren. Für Nacharbeit bei Schichtwechsel wird ein Zuschlag von 15 Proz. gewährt. Als Nacharbeit gilt jede Arbeit, welche in die Zeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh fällt.“ So weiß man nicht, worüber man sich mehr wundern soll. Jeder mit der Verhandlungspraxis nur einigermaßen Vertraute weiß, daß gerade diese Form gewählt wurde, um Ueberstunden zu verhindern. Das sächsische Arbeitsministerium leitet das glatte Gegenteil heraus, die Arbeiter wollen noch mehr als 53 Stunden arbeiten.

Wie aber diese Arbeiterschaft über das geradezu verblüffende Gedankenspiel des sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums denkt, könnte es erfahren, wenn es einmal nach Elberberg ginge und Studien an Ort und Stelle machte.

Wir fordern Beseitigung dieser unhaltbaren Auslegung der Tarifbestimmungen.

Kassel. (Reaktion und Terrorismus in der Jute- und Spinnerei.) Zurück zum vorkriegszeitlichen Unternehmer-Absolutismus, war immer die heisse Sehnsucht der Jute-Direktion. Der ehemalige Absolutismus machte es ihr ja so leicht, die Jutearbeiter unter das Lebensniveau der allgemeinen Arbeiterschaft zu drücken. Wer vor dem Kriege in der Jutespinnerei arbeitete, wurde als ganz selbstverständlich mit dem niedrigsten Tariflohn bewertet, ihm wurde in jeder Hinsicht der Jute-Stempel aufgedrückt, mit dem die Jutearbeiterin außerhalb des Betriebes auch oft ihre gesellschaftliche Bewertung erhielt. Daß diese Mißhandlung der Jutearbeiter 1918 einen Abschluß fand, daß die Jutearbeiter durch den Deutschen Textilarbeiterverband damals als gleichberechtigt in die Reihen der Gesamtarbeiterkassen eingegliedert wurden, war und blieb bis heute der Jute-Direktion ein schreckliches Geschehen. Am 1. August, 48-Stundenwoche, Tarifvertrag und Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft waren ihr allzu menschlich. Die Jute-Direktion ließ daher auch einmal offen erklären, menschliche Gebote sind keine Gründe!

Getreu dieser Verneinung menschlicher Gebote müssen seit Monaten rund 200 Arbeiter und 800 Arbeiterinnen, darunter viele Jugendliche, täglich zehn Stunden arbeiten. Wer sich weigert, zehn Stunden voll zu schuften, oder wer als Gegner dieser Tarifüberschreitung entbeht wird, liegt auf die Straße oder wird schikaniert und drangsaliiert. Diese Brutalität richtet sich auch gegen Arbeiter und Arbeiterinnen, die von der Wohnung zur Fabrik und zurück täglich stundenlange Wege zu Fuß oder mit der Eisenbahn zurückzulegen haben. Der gegen die rücksichtslose Ausdehnung der Arbeitszeit sich wehrende Arbeiterratsvorsitzende wurde mit Hilfe der eingeschücherten Arbeiter befeitigt, eine „Neuwahl“ des Arbeiterrats herbeigeführt und der „neugewählte“ Arbeiterrat erhält nun seine Anweisungen von der Betriebsleitung.

Alle Einsprüche gegen Kündigungen und Entlassungen werden vom „Arbeiterrat“ nach Wunsch der Direktion und ihrem Meister föhrig abgelehnt. Das Einspruchsrecht am Arbeitsgericht den Gerührten unmöglich zu machen, Maßregelungen zu besiegeln, Tarifrechte mit Füßen zu treten, nach der Weise der Direktion und ihrer gewerkschaftsfeindlichen Meister zu tanzen, haben die Jute-Arbeiter in Kassel, Kirchweg 15, und Knigge, Philippstraße 15, als sogenannte Arbeiterräte besonders übernommen. Sie schämten sich nicht, einen kraftverfehlten Arbeiter aufzufordern, gegenüber Meister föhrig sich bereit zu erklären, aus dem Verband auszutreten — dann würde er seinen früheren Arbeitsplatz wieder erhalten. Um die Organisierten weiter zu verfolgen, geschäftlich gewährleistete Arbeiterrechte zu besitzeln, sollte auf Anregung des Meisters föhrig eine Verbandsmitgliedliste „gedruckt“ werden.

Ueberarbeit wird rücksichtslos verlangt, die tariflichen Zuschläge werden aber nicht gezahlt. Tariflich festgesetzte Zuschläge zum Zeitlohn werden befeitigt, die „Arbeiterräte“ Riminsland und Knigge streben danach, daß sich niemand beschwert. Wird sich aber dennoch beschwert, dann hält Herr Direktor Rubensohn sein Lob über die Terroristen. Ja, vom Direktor wird eben heiß geliebt, was — Herr Rubensohn haßt!

Das Wochenende' — eine große Ausstellung in Berlin.

Veranstaltung im April 1927. In einer gemeinsamen Besprechung von Vertretern der Stadt Berlin, des Reichsamts der Fremdenverkehrsorganisationen, Wandervereine, Verkehrsunternehmungen usw. wurde in diesen Tagen die Veranstaltung einer Wochenende-Ausstellung in der Reichshauptstadt beschlossen. Die Vorschläge des Berliner Reichsamts, die diese Veranstaltung für den April 1927 möglicherweise in allen drei Ausstellungshallen am Kaiserdamm vorzuziehen, wurden von allen Seiten einmütig gutgeheißen und

zur Durchführung empfohlen. Die Ausstellung wird auf breiterem Baufe alle Wochenenderholungsmöglichkeiten der Berliner und der in Berlin weilenden Fremden aufzeigen sowie alle Einrichtungen des Verkehrs und der Wirtschaft darstellen, die in irgendeiner Beziehung geeignet sind, dem Wochenendgedanken zu dienen und ihm zur möglichst weitgehenden Durchführung zu verhelfen. Daneben sollen auch die Städte des Reichs und des Auslands ihre Wochenenderholungsmöglichkeiten zeigen, und eine Reihe von Sonderveranstaltungen, darunter Schulausflugsbewerbe, Kunstausstellungen, Heimfestspiele, Trachtenmärkte und ein Wettbewerb unter den Architekten zur Schöpfung der billigsten und besten Wochenendwohnhäuser, ferner sportliche Veranstaltungen das Bild der Ausstellung vervollständigen. Die Leitung der Wochenend-Ausstellung wurde ihrem Urheber, Herrn Chefredakteur Karl Vetter, übertragen, der im Berliner Messe-Amt, Berlin C. 2, Breite Str. 36, alle näheren Auskünfte erteilt.

Literatur.

Das Totenschiff. Die Geschichte eines amerikanischen Seemanns von B. Traven. Mit diesem Buch hat die Bacher-Gilde Gutenberg erneut bewiesen, daß es ihr darauf ankommt, den guten Inhalt mit einer geschmackvollen Ausstattung zu paaren. Es ist ihr ausgezeichnet gelungen. Das Buch schildert in echt amerikanischer Kürze ein Seemannsleben, wie man es bestimmt nicht in den romantischen Schilderungen der ganzen Literatur findet. Im Hafen von Antwerpen verläßt der amerikanische Seemann sein Schiff, um in der Stadt etwas Erholung zu suchen. Die Prohibition seines Vaterlandes hat ihn den geistigen Genüssen des Hafenlebens gegenüber empfindlicher gemacht, als man sonst von seinesgleichen gewöhnt ist. Im Rausch des Alkohols und der Liebe verbringt er die Nacht, um am anderen Morgen zu entdecken, daß sein Schiff ohne ihn die Weiterreise angetreten hat. Mittellos, ohne Ausweis-papiere, freud und allein in der ihm unbekanntem Welt. Kein amerikanischer Konsul nimmt sich seiner an, da er ja seine Staatszugehörigkeit nicht ausweisen kann. So wird er dann als unlieb-samer Fremdling von der Hafenpolizei über die holländische Grenze abgeschoben. In Amsterdam daselbst Spiel. Er wird nach Deutschland abgeschoben. Die Szenen wiederholen sich. So kommt er nach Frankreich, nach Spanien. Im Hafen von Barcelona wird der Heimatlose von einer der dunklen Gestalten des Seeverkehrs angeheuert, die nicht nach „Mann“ und „Art“ fragen. Schauerlich sind die Schilderungen von den Zuständen auf diesem „Totenschiff“, von dem es kein Entkommen gibt.

Wer hier eingeht, des Nam' und Sein ist ausgelöscht. Er ist verweht, von ihm ist nicht ein Hauch erhalten in der weiten, weiten Welt.

So beginnt die Inschrift über dem Mannschaftsquartier des Totenschiffes.

Gerade in seiner kurzen, derben Ausdrucksweise liegt der Reiz dieses Buches. Es würde so manchem, der vom „Geist des romantischen Seemannslebens“ angekränkt ist, die Augen über das wahre Seemannsleben öffnen. Und das wäre gut so.

Dr. Adolf Lehne, Professor in Rostock: „Hörbeet und Bergpred.“ Vorschriften zur Anwendung der in Hörbeet und Bergpred. gebrauchten Stoffe und Hilfsmittel. H. Grieben, Verlag Wittenberg 1926. Preis 15 M. Zu beziehen durch die „Deutsche Bücher-Zeitung“, Wittenberg (Sag. 2006). Die Anschaffung des Buches ist für jeden Textilarbeiter, besonders aber für die Schüler der Textilarbeiterkassen, dringend zu empfehlen. Der Preis ist den heutigen Verhältnissen angepaßt und für die sehr solide Ausstattung als mäßig zu nennen. Saer.

Briefkasten.

Augsburg. Hübler. Wir bringen nur Originalberichte zum Abdruck. Köppern. D. Ihrem Wunsch kann nicht entsprochen werden.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 28. Nov., ist der Beitrag für die 48. Woche fällig

Table with 2 columns: Adressenänderungen, Totenliste. Includes names like Gau Dresden, Emil Rudolph, Gau Liegnitz, Gebhardsdorf, etc.

Erste Versuchung / Wenn man das vorher gewußt hätte / Geißel der Menschheit / Durch Wissen zur Heilung. sind die ausführlich behandelnden Kapitel des Buches: FALSCHES SCHAM von Dr. Curt Thomalla. Die innerlich ergreifende Handlung wirkt packend und hält den Leser bis zum Schluß in Spannung. Wir liefern das Buch bei portofreier Lieferung für 5,- MARK.

Unser diesjähriges, auf jedem Gebiet vielseitige WEIHNACHTSANGEBOT haben wir in diesen Tagen verfaßt, und bitten alle Kolleginnen und Kollegen, die es nicht erhalten haben, dasselbe durch Postkarte anzufordern. Schreiben Sie es nicht bis zum letzten Augenblick hinaus, sondern schreiben Sie uns sofort. TEXTIL-PRAXIS, VEELAGSGESELLSCHAFT M.B.H., ABT: BUCHHANDLUNG, BERLIN O 34, MEMELER STRASSE 8-9.

Verlag: Kurt Göttsch in Berlin, Memeler Str. 8/9 — Verantwortlicher Redaktions-Chef: Dr. Kurt Göttsch in Berlin. — Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. in Berlin.